Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Rentzsch. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Fns. Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 63.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 5.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 5.50 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 16.50 Mark, monatlich 5.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie die Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 40 Pfg., Reklamepetitzeile 3.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler infolge Gesetz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 146. Sonnabend, den 25. Juni 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Heute erscheint eine Verordnung des Reichspräsidenten, durch welche die Auflösung sämtlicher deutscher Selbstschutzverbände verfügt wird.

•

Der Reichstagsausschuß für die Beamtenangelegenheiten entschied sich für Beibehaltung der fünf Gehälterortsklassen, empfahl aber den Wegfall der Zulage-Staffelungen.

•

Wie neuerdings gemeldet wird, wird der Oberste Rat am 15. Juli zusammentreten.

•

Der steierische Landtag hat seinen Beschluß, am 3. Juli die Volksabstimmung in Steiermark über die Anschlußfrage vornehmen zu lassen, widerrufen.

•

Auf dem Kongreß der Internationale in Moskau erklärte Trotzki, daß er die Hoffnung auf einen baldigen Ausbruch der Weltrevolution zwar aufgegeben habe, aber eine weitere systematische Ausbreitung des Bolschewismus bedeute.

Umfall Englands in der oberschlesischen Frage?

Pessimistische Auffassung in Berlin.

Trotz der Annahme des Höferschen Rückzugsabkommens durch die interalliierte Kommission ist man in den deutschen Regierungskreisen wenig zuversichtlich gestimmt, da die bisherigen Erfahrungen mit den Polen keinen Anlaß zu optimistischer Auffassung geben. Bis auf weiteres glaubt man nicht an eine ehrliche Durchführung des Säuberungsplanes durch die polnischen Banden. Außerordentlichem Interesse begegnet in Berlin die jetzt bekannt gewordene Aeußerung des Echo de Paris, daß Deutschland seinen Reparationsverpflichtungen nicht nachkommen könne, falls es, wie nach Ansicht des Pariser Blattes feststeht, den größten Teil des oberschlesischen Industriegebiets verliere. Man begrüßt es in Berlin, daß diese von der deutschen Regierung seit jeher und besonders in London vertretene Ansicht nunmehr auch in einem französischen Regierungsorgan zum Ausdruck kommt, und man verhehlt sich es an maßgebender Stelle keineswegs, daß eine Lostrennung Oberschlesiens von Deutschland den Fortbestand des gegenwärtigen deutschen Kabinetts ohne weiteres in Frage stellen würde. In dieser Beziehung scheint nicht nur bei dem Zentrum und bei den Demokraten, sondern auch bei den Sozialdemokraten die gleiche Meinung vorzuherrschen. Dieser neuerdings in die Erscheinung tretende Pessimismus unserer leitenden Kreise stützt sich hauptsächlich auf die Erkenntnis, daß mit einer englischen Unterstützung der deutschen oberschlesischen Wünsche kaum noch zu rechnen ist. England hat in letzter Zeit unter der Hand wissen lassen, daß es sich zur Zeit außerstande sieht, der französischen Politik in Oberschlesien die Spitze zu bieten, und daher zur Nachgiebigkeit geraten. Noch weniger winkt Deutschland durch Italien eine Unterstützung, wo Sforza völlig im französischen Fahrwasser schwimmt. So würden wir Deutsche dann den Entscheidungen des Mitte Juli zusammentretenden Obersten Rates mit dem Gefühle eines Volkes entgegensehen, das seinen Kopf wieder einmal in die Schlinge gesteckt hat und dem diesmal die Kehle zugeschnürt worden ist.

•

Die Feststellung der parlamentarischen Kommission.

Die Feststellungen der parlamentarischen Kommission, die sich nach Oberschlesien begeben hatte, haben ergeben, daß es sich nicht um die Bildung einer neutralen Zone, sondern um die Räumung des ganzen oberschlesischen Gebietes handelt. Hinsichtlich der Frage der Beibehaltung der Polizei hat die Kommission entgegenkommende Erklärungen erhalten, doch ist ein großer Optimismus nicht am Platze. Zunächst steht die Zustimmung der Interalliierten Kommission zu den zwischen Hennicke und Höfer vereinbarten Vorschlägen noch aus. Die Beantwortung der Interpellation über die oberschlesischen Verhältnisse wird daher noch hinausgeschoben.

Die entscheidenden zehn ersten Julitage.

Intransigeant glaubt, daß in den ersten 10 Tagen des Monats Juli das Schicksal Oberschlesiens von der interalliierten Abstimmungskommission geregelt werde. Mit dem einmütigen Beschluß der Kommission werde sich dann der Oberste Rat zu befassen haben, der nach dem Blatte wahrscheinlich am 17. Juli zusammentreten werde.

Ein polnisches Aufstandsorden.

Wie aus Oppeln berichtet wird, fanden kürzlich im Aufstandsgebiet und in Sosnowicze Besichtigungen und Paraden der oberschlesischen Insurgentenformationen vor Korfanty statt, an denen auch General Haller in Begleitung französischer Offiziere teilnahm. Bei dieser Gelegenheit verteilte Korfanty einen von ihm gestifteten schlesischen Orden vom Weißen Adler zur Erinnerung an den Aufstand. Zugleich soll aber auch der rein polnische Kriegsorden Virtuti Militari an mehrere Insurgentenführer verliehen worden sein. General Haller soll ihn an Korfanty und dessen militärische Führer Dolinar und Warwas in Sosnowicze persönlich ausgehändigt haben.

Schwere Munitionsexplosion in Rybnik.

Auf dem Bahnhof in Rybnik sind Donnerstag zwei polnische Munitionswaggons auf bisher noch unaufgeklärte Weise explodiert. Nach vorsichtiger Schätzung beläuft sich der entstandene Schaden auf 35 Millionen Mark. Von dem polnischen Kommandanten wurden eine Anzahl deutscher Kaufleute der Stadt Rybnik verhaftet, da man den Deutschen die Schuld an der Explosion in die Schuhe zu schieben sucht. Die Erregung in der Stadt ist ungeheuer.

Die neue Finanzreform.

3. Trotzdem in allen Kreisen der wirtschaftlichen Sachverständigen und insbesondere auch in den Kreisen der Finanzwelt die Auffassung vorherrscht, daß nunmehr nach den durch die Annahme des Londoner Ultimatums fest umgrenzten deutschen Leistungsverpflichtungen und gegenüber der ungeheuren damit verbundenen Steigerung des Gesamtbedarfs unseres Reichshaushalts auf mehr als 160 Milliarden Mark jährlich, denen bisher nur etwa 45 Millionen Mark an Steuern gegenüberstehen, eine grundsätzliche klärende Umgestaltung unserer gesamten Finanzwirtschaft zu erfolgen habe, scheint das Reichsfinanzministerium sich doch weit mehr der Praxis zu nähern, daß man durch eine Ueberfülle verschiedenster Gesetze zum gewünschten Endresultat kommen könne. Man hat das Gefühl, daß im Reichsfinanzministerium man sich vorläufig noch nicht allzu viele Beschwerden gemacht hat, ob und nach welchen Grundsätzen eine Finanzreform durchzuführen sei. Man scheint sich vielmehr ausschließlich darauf beschränkt zu haben, die Schreibtische sämtlicher Referenten der einzelnen steuerpolitischen Abteilungen zu durchstöbern, um auf diesem Wege ein etwas struppiges und unharmonisches Steuerbukett zusammenzufügen. Der Reichskanzler Dr. Wirth hat vor dem Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates eine Fülle von Steuerreformen bezw. neuen Steuerarten aufgezählt: Zuckersteuer, Einführung des Süßstoffmonopols, Aenderung des Branntweinmonopols, Reform der Körperschaftssteuer, Rennwettensteuer, Leuchtmittelsteuer, Zündwarensteuer, Tabaksteuer, Biersteuer, Mineralwassersteuer, Kapitalverkehrssteuer, Versicherungssteuer, Umsatzsteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Erhebung der Zölle, Erhöhung der Kohlensteuer. Das scheint aber noch keineswegs der Steuerarten genug zu sein. Es wird vom Reichsfinanzministerium noch weiterhin an eine Umformung des Reichsnotopfergesetzes über einen Ausbau der Reichsvermögenssteuer gedacht, Dinge, die vorläufig der Oeffentlichkeit gegenüber mit dem gleichen Schleier des Geheimnisses umgeben werden, den man auch bei den verschwommenen Erklärungen über die steuerliche Erfassung der Goldwerte vorzuziehen beliebte. Ueber die Reform des Körperschaftssteuergesetzes liegen jetzt genauere Einzelheiten vor. Das gesamte steuerbare Einkommen der Körperschaften wird jetzt statt mit 10 mit 30 Prozent belastet. Der Gedanke einer Besteuerung nach der Rentabilität ist in dem neuen Entwurf völlig aufgegeben. Die bisherigen diesbezüglichen Paragraphen des Körperschaftssteuergesetzes sollen dementsprechend gestrichen werden. Die Heranziehung der Dividenden durch die Einkommensteuer beim Bezieher wird abgeschwächt. Bei Berechnung des steuerbaren Einkommens können die schon um die Kapitalertragssteuer gekürzten Dividenden mit einem ermäßigten Betrage eingestellt werden. Entsprechend der Novelle zum Einkommensteuergesetz wird die Steuerpflicht für Aufwendungen für Kleinwohnungszwecke mit dreijähriger und die teilweise Steuerfreiheit der Rücklagen für Ersatzbeschaffungen mit sechsjähriger Befristung aufgenommen.

Deutscher Reichstag.

—o— Die fällige Reihe kleiner Anfragen wurde in der gestrigen Sitzung des Reichstages durch die des bayerischen Generals von Schoch eingeleitet. Er weist auf die sich häufenden Mißhandlungen Deutscher durch französische Heeresangehörige in Oberschlesien hin, wobei Fußtritte und die Reitpeitsche eine Rolle spielen. Die Reichsregierung stellt fest, daß man in Paris der Anschauung zu sein scheint, daß dies die gegebenen Mittel sind, um dem Ruhm der großen Nation zu verbreiten. Dem Demokraten Weiß verspricht Staatssekretär Lewald das Reichsgesetz gegen Schmutz und Schund im Herbst an den Reichstag zu bringen. Eine weitere Anfrage beschäftigt sich mit den Folgen der deutschen Progrome in Ostrowo. Die Regierung stellt fest, daß die Ereignisse vorauszusehen waren, daß aber die polnischen Behörden keine Vorbeugungsmaßregeln für nötig hielten. Den Geschädigten wird gesagt, daß die Entschädigung sich nach der preußischen Verordnung vom 11. März 1859 regele. Zur zweiten Lesung des Gesetzes über die Verlängerung des Kohlensteuergesetzes liegt ein unabhängiger Antrag auf sofortige Sozialisierung des Bergbaus vor und er führt wegen Beschlußunfähigkeit zur Vertagung und Anberaumung einer neuen Sitzung. In ihr wird die Novelle zur Kohlensteuer angenommen und die Abstimmung über den unabhängigen Antrag bis auf weiteres ausgesetzt, ebenso die über die Errichtung des Staatsgerichtshofes. Es folgt die zweite Lesung des Entwurfs zum Notopfergesetz und dabei eine recht lebhafte Steuerdebatte, die einen kleinen Vorgeschmack kommender Genüsse bietet. Helfferich setzt sich für die Schonung der Vermögen unter 200 000 Mk. ein, deren Zinsertrag nicht einmal das Existenzminimum erreicht. Von der äußersten Linken läuft man dagegen natürlich Sturm, was den Reichskanzler veranlaßt, sich gegen törichte Reden zu wenden, deren Urheber im Ausschuß nie gesehen wurden und daher gar keine Sachkenntnis haben. Dr. Wirth mahnt den vorliegenden Entwurf nicht zum Anlaß einer großen Auseinandersetzung für und gegen die Erfassung des Besitzes zu machen. Dabei läßt er den beanstandeten Ausdruck Goldwerte fallen und setzt dafür den Begriff Produktionsmittel, aber im Kern, nämlich hinsichtlich der weitgehenden Erfassung macht das natürlich keinen Unterschied. Trotzdem findet diesmal Dr. Wirth auch auf der Rechten Anklang, als er in ernsten Worten zur gemeinsamen Arbeit aller Parteien an einer möglichst guten Lösung des Steuerproblems aufforderte. Vielleicht war es darauf zurückzuführen, daß die Vorlage nachher einstimmig angenommen wurde. Nachdem man den Mitgliedern des Reichswirtschaftsrats die Fahrkarten zugestanden hatte, ging man an die Fortsetzung der Lesung der Novelle zur Angestelltenversicherung, wobei die Abgg. Lambach (Dnatl.) und Andre (Zentr.) sich für die rasche Verabschiedung der Vorlage im Ausschuß und gegen die verzögernde Debatte im Plenum durch den Sozialisten Giebel einsetzten. Nachdem schließlich noch der Unabhängige Aufhäuser behauptet hatte, daß die Angestellten mit dem Entwurf keinerlei Hoffnung auf Besserung verbänden und noch zwei weitere Redner gesprochen hatten, konnte der Gesetzentwurf, auf dessen Erledigung tatsächlich weite Kreise der Angestellten mit Ungeduld warten, an den sozialpolitischen Ausschuß verwiesen werden.

Sächsischer Landtag.

Angriffe auf die Ueberwachungsausschüsse und das Landespreisamt.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung standen zunächst verschiedene dringliche Forderungen zum Staatshaushalt 1921, die zum größten Teil bewilligt wurden. Die Stelle eines Hilfsarbeiters beim Kultusministerium und die Stelle eines Oberstudiendirektors am katholischen Seminar Bautzen werden als nicht dringlich abgelehnt. Weiter wird beantragt, die dringlichen Anforderungen für evangelische Kirchen zu bewilligen. Da ein Minderheitsantrag vorliegt, die Mitglieder des Rechtsausschusses aber durch eine Sitzung verhindert sind, an der Beratung teilzunehmen, wird die Abstimmung auf kommenden Mittwoch vertagt. Abg. Schreiber (Dnatl.) nimmt die Einstellungen für das Wirtschaftsministerium zum Anlaß, die Aufhebung der Ueberwachungsausschüsse und die teilweise Aufhebung des Landespreisamtes zu begründen, weil diese Stellen ihre Befugnisse mehrfach überschritten hätten, die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung erschwerten und die Landwirtschaft bevormundeten. Der Landwirtschaft sei der Vorwurf gemacht worden, daß sie den Wucher gefördert habe. Das sei nicht der Fall, aber Beauftragte des Landespreisamtes und Mitglieder der Ueberwachungsausschüsse hätten sich Uebergriffe erlaubt und seien bestrebt gewesen, sich hinten herum Lebensmittel zu verschaffen. Präsident Fräßdorf ersucht, daß die Ausführungen keine lange zwecklose Aussprache hervorrufen sollen. Wenn sich Beamte schuldig gemacht hätten, sei es Pflicht der Abgeordneten, diese Beamten dem Ministerium namhaft zu machen, weil es sonst nicht in der Lage sei, gegen sie vorzugehen. Wirtschaftsminister Fellisch bestreitet, daß das Landespreisamt die Bevölkerung schikaniert. Es habe segensreich gewirkt. Wenn dem Ministerium Beschwerden vorgetragen worden wären, würde es eingeschritten sein. Es sei aber kein Fall bekanntgegeben worden. Der durch die Kriegszwangswirtschaft großgezogene organisierte Wucher werde durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft keineswegs beseitigt. Zur Besserung der Verhältnisse werde es dienen, wenn die direkte Verbindung zwischen Verbraucher- und Erzeugerorganisationen hergestellt werde. Die Mißstände in der Haferbewirtschaftung kämen auf das Konto des Reiches, das in der Bewirtschaftung des Hafers eine Desorganisation habe einreißen lassen, die ohnegleichen sei. Die Regierungen aller Länder hätten umsonst gegen diese Mißstände angekämpft. Sämtliche Ausschußgutachten werden dann ohne weitere Debatte gebilligt. Nächste Sitzung Mittwoch, den 29. Juni.

Kleine politische Meldungen.

Hartnäckiges Defizit der Eisenbahnen. In der Mittwochsitzung des Reichsrats wurde, wie nachträglich gemeldet wird, von dem anwesenden Reichsverkehrsminister Groener mitgeteilt, daß auch die Monate Mai und Juni eine Fortsetzung des Fehlbetrages in der alten Höhe gebracht haben. Ueber die Wirkungen der neuen Tariferhöhungen konnte Herr Groener noch keine Mitteilung machen. Dagegen wird auf Grund von Nachfragen auf den fünf großen Berliner Fernbahnhöfen festgestellt, daß die Einnahmen seit 1. Juni bis jetzt um fast 35 Prozent genau gleich geringer sind, weil die Abwande-